

FUCHS BRIEFE

Der Unternehmerbrief aus der Hauptstadt

65. Jahrgang | 32

Berlin, 18. April 2011

Energiewende

Deutsche Form der Industriepolitik

Angesichts der Milliardenkosten der Energiewende mehren sich die Stimmen, die ein Ende der nationalen Förderung erneuerbarer Energien verlangen. Das Centrum für Europäische Politik in Freiburg schließt sich jetzt der Forderung der EU-Kommission nach einem europäischen Ansatz an. Berlin müsse die Vorteile des Binnenmarkts nutzen, um die Kosten der erneuerbaren Energien in Grenzen zu halten. Sie seien heute unnötig teuer. Denn sie werden nicht dort erzeugt, wo es am günstigsten ist, sondern dort, wo sie am meisten gefördert werden. Das Energiewissenschaftliche Institut der Uni Köln hat das Sparpotenzial in Deutschland bis 2020 auf 118 bis 178 Mrd. € beziffert.

Brüssel schätzt, dass die EU-Mitgliedsstaaten jährlich mindestens 10 Mrd. € einsparen könnten, wenn erneuerbare Energien im Binnenmarkt gehandelt werden. Die Umlage des Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) belastet die Bundesbürger inzwischen mit 3,5 Cent pro Kilowattstunde (KWh) – 2010 lag sie noch bei 2,0 Cent/KWh. Damit zahlen allein die Endverbraucher die hohen Einspeisevergütungen des EEG. 2010 flossen nach Angaben der Bundesnetzagentur an die Anlagenbetreiber 12,7 Mrd. €, für 2011 prognostizieren die Stromkonzerne sogar 17,1 Mrd. €. Allein 8 Mrd. € entfallen auf Solaranlagen.

Der schnellere Ausstieg aus der Atomenergie droht die Umlage noch mehr in die Höhe zu treiben. Um den Bau von Offshore-Windanlagen zu beschleunigen, will Umweltminister *Norbert Röttgen* (CDU) den Zeitraum für die garantierte höhere Vergütung nach dem EEG von 20 auf 15 Jahre verkürzen. Dafür sollen die Einspeisevergütungen höher ausfallen. Das würde Windkraftanlagen vor der Nord- und Ostseeküste attraktiver machen – aber auch die Kosten der Energiewende weiter in die Höhe schrauben.

Dabei ginge es auch günstiger, denn deutsche Standorte sind für die Produktion von Wind und Solarstrom nur bedingt geeignet. So scheint in Italien die Sonne im Schnitt 2.600 Stunden, in Deutschland nur 1.550 Stunden. Zudem ist die Strahlungsintensität südlich der Alpen mit bis zu 1.840 KWh pro Quadratmeter viel höher als in Deutschland. Hier werden maximal 1.150 KWh gemessen. Noch besser sind die Bedingungen in Spanien. Zudem ist die iberische Halbinsel wegen ihrer dünnen Besiedlung besser für Solaranlagen geeignet als Deutschland. Ein ähnliches Ergebnis ergibt sich, wenn

man norddeutsche Windstandorte mit Regionen an der französischen oder britischen Atlantikküste vergleicht.

Dennoch will die Bundesregierung an der nationalen Vergütung des EEG festhalten. Die Gründe überzeugen nicht. So macht das Bundesumweltministerium gegenüber FUCHS geltend, dass in Italien und Spanien die Infrastruktur für Solaranlagen und Stromtransport fehle. Das führe zu hohen Opportunitätskosten. Doch dies ist die Folge der jahrelangen Fehlallokation, mit der die deutsche Wind- und Solarindustrie gepöppelt wurde. Nun fürchtet Röttgen, Investitionen im Ausland könnten die heimische Öko-Industrie schwächen.

- ▶ **Fazit:** Die EEG-Förderung ist letztlich ein Instrument der Industriepolitik. Deshalb tut sich die Bundesregierung so schwer, sie aufzugeben. Den Preis zahlen die Endverbraucher mit immer höheren Strompreisen. Dabei gäbe es die Möglichkeit, Energiewende und die Förderung der Öko-Industrie in Deutschland miteinander zu verbinden.

Hauptstadt-Notizen

BERLIN: TROTZ BOY'S DAY KEIN POLITIKWECHSEL

Trotz des ersten Boy's Day bleibt die Familien- und Bildungspolitik in Deutschland jungenfeindlich. Kein Bundesland hat bisher einen Plan entwickelt, mehr Lehrer zugunsten männlicher Kinder zu rekrutieren. Eineinhalb Jahre nach dem Urteil des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofs gegen die deutsche Sorgerechtspraxis für unverheiratete Väter hat die Bundesregierung es noch immer nicht umgesetzt. Dabei zeigen Studien, dass vor allem das Fehlen von Männern in Familie und Erziehung für das zunehmende Schulversagen von Jungen verantwortlich ist. Wie FUCHS aus dem Bundesjustizministerium hört, stellt sich eine unheilige Allianz von Familienpolitikern der CDU/CSU und Feministinnen der linken Parteien gegen eine grundlegende Reform des Sorgerechts.

WIEN: KOALITION MACHT WEITER

Österreichs Regierungskoalition aus SPÖ und ÖVP macht weiter. Nur die Konservativen tauschen ihr Perso-

Inhalt

- ◆ Unternehmen: Gute-Laune-Nachrichten 2
- ◆ Sicherheit: Japanische Restrisiken vorbeugen 3
- ◆ Euro-Krise: Vision und Verantwortung 4
- ◆ Geldanlage: Durchblick durch ETF-Dschungel 5

nal aus – der bisherige Außenminister *Michael Spindelegger* ist als Vizekanzler ihr neuer starker Mann. Kanzler *Werner Faymann* (SPÖ) will die Koalition bis zum Ende der Legislaturperiode 2013 fortsetzen. Das hat auch eine europäische Dimension: Würde es in diesem Jahr Neuwahlen geben, könnte die EU-kritische FPÖ nach jüngsten Umfragen knapp hinter den Sozialdemokraten zweitstärkste Partei werden. Das könnte zu einer politischen Blockade wie in den Niederlanden oder Finnland führen. Der frühere Europaabgeordnete Spindelegger (1995 bis 1996) ist ein Befürworter der europäischen Zusammenarbeit.

WARSAU: 1,2 MILLIARDEN AUS BRÜSSEL VERSCHOBEN

Polen will 1,2 Mrd. € aus dem Europäischen Kohäsionsfonds nicht wie vorgeschrieben für den Ausbau des Schienenverkehrs einsetzen, sondern für den Straßenbau. Begründung: Es fehle an der nötigen Ko-Finanzierung. Der Ausbau der Schieneninfrastruktur ist auch für die deutsche Wirtschaft von erheblicher Bedeutung. Sie ist der einzige Weg, einer weiter steigenden Belastung deutscher Autobahnen im Transitverkehr vorzubeugen. Im Europaparlament stößt Polens Absicht auf einhelligen Widerstand, denn eine solche Umgehung der Auflagen für Fördermittel ist beispiellos. Polen übernimmt ab Juli die EU-Ratspräsidentschaft und ist dann auch verantwortlich für die Einhaltung des europäischen Rechts.

Energieversorgung

Spekulative Blackout-Szenarien

Sie müssen nicht befürchten, dass die Stromversorgung Ihres Unternehmens im nächsten Winter zusammenbricht. Zeitungsberichte über drohende Engpässe bei der deutschen Stromversorgung weist die Bundesnetzagentur gegenüber FUCHS als übertrieben zurück. Um die Versorgungssicherheit nach dem Atommoratorium zu gewähren, dürfe das Ausstiegsszenarium allerdings nicht weiter beschleunigt werden. Dies geht aus einer neuen Untersuchung der Bundesnetzagentur für das Bundeswirtschaftsministerium hervor.

Falls die deutsche Stromerzeugung wider Erwarten nicht ausreichen sollte, stehen ausreichend Importkapazitäten zur Verfügung. Im Sommer 2010 und Winter 2010/11 sprangen vor allem Frankreich, die Niederlande und Österreich ein. Tschechien spielt als Stromexportland kaum eine Rolle.

2012 entspannt sich die Lage wieder etwas, weil dann in Nordrhein-Westfalen zwei neue große Kraftwerke ans Netz gehen. Bis zum Jahr 2020 sind ein Dutzend weiterer Anlagen im Bau oder geplant, die vor allem Steinkohle oder Gas verbrennen. Da in einem Jahrzehnt voraussichtlich alle Atommeiler abgeschaltet werden, sind weitere Neubauten erforderlich. Rund 20 bis 25 Kraftwerke sind bereits in der Planung.

Die Bundesnetzagentur mahnt jedoch einen schnelleren Netzausbau als Voraussetzung für das

Umsteuern in der Energiepolitik an. Nur so könne der Windstrom aus dem Norden in den Süden gelangen, wo sich die verbrauchsintensive Industrie befindet. Die Bundesregierung will aus diesem Grund Genehmigungsverfahren vereinfachen und beschleunigen.

Auch für die Strompreise gibt die Bundesnetzagentur Entwarnung. Das Moratorium für deutsche Kernkraftwerke habe sich am Spotmarkt praktisch nicht ausgewirkt. Bei langfristigen Lieferungen gibt es für Strom bis 2012 zwar einen Aufschlag von 10 % bis 15%. Doch der geht fast ausschließlich auf das Konto höherer Preise für Kohle und Gas. Diese machen aber nur 35% des Strompreises aus. Der Rest entfällt auf staatliche Abgaben oder Verwaltungskosten der Unternehmen.

- ▶ **Fazit:** In der Energiedebatte schießt derzeit die Spekulation ins Kraut. Die Fakten widerlegen die Blackout-Szenarien. Die Stromversorgung am Industriestandort Deutschland ist auch künftig gesichert.

Unternehmen

Gute-Laune-Nachrichten

Zu Ihrer und der Motivation Ihrer Mitarbeiter für Sie zusammen gestellt:

- ◆ Die positive **gesamtwirtschaftliche Grundtendenz in Deutschland** hält nach Einschätzung der Deutschen Bundesbank im zweiten Vierteljahr 2011 an. Die kräftige Zunahme der Aufträge aus dem In- und Ausland am Anfang des Jahres ziehe in den nächsten Monaten eine weitere Steigerung der industriellen Produktion nach sich.
- ◆ Die **Steuereinnahmen von Bund und Ländern** lagen im 1. Quartal um 12 Mrd. € höher als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Der Betrag entspricht dem von der Steuerschätzung Ende 2010 prognostizierten Zuwachs für das Gesamtjahr. Damit wird der Fiskus 2011 weit mehr als die geplanten 537 Mrd. € vereinnahmen. Bald dürfte wieder der Ruf nach Steuersenkungen laut werden.
- ◆ **Deutschland** wird 2011 das Maastricht-Kriterium bei der **Neuverschuldung** von 3% locker erfüllen. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung rechnet mit einem Staatsdefizit von nur noch 2,1% des Bruttoinlandsprodukts, 2012 sollen es 1,7% sein.
- ◆ Der **Ölpreis** gerät unter Druck: Mangels Nachfrage hat Saudi-Arabien die Förderung gedrosselt. Die spekulativ überhöhten Preise von über 120 \$ je Barrel dürften damit bald der Vergangenheit angehören.
- ◆ Ausgesprochen optimistisch schätzen die **Handelsmakler** die wirtschaftliche Lage in Deutschland ein. Nach der Frühjahrsbefragung der Centralvereinigung Deutscher Wirtschaftsverbände für Handelsvermitt-

lung und Betrieb (CDH) betrachten sie 82% als gut oder befriedigend. 30% erwarten eine Verbesserung, nur 6% eine Verschlechterung. Die Einschätzung der Handelsmakler gilt als wichtiger Frühindikator.

- ▶ **Fazit:** Allen negativen Meldungen zum Trotz – die Konjunktur läuft weiter unter Volldampf.

Personal

Mehr Nachwuchskräfte

In diesem Sommer haben Sie die Gelegenheit, bei der Wahl junger Auszubildender aus einem weit größerem Reservoir zu schöpfen als normal. Wegen der Abschaffung des Zivildienstes werden 2011 etwa 70.000 junge Männer zusätzlich nach einem Studien- oder Ausbildungsplatz suchen. Das größere Angebot sollten Sie nutzen, um vorausschauend guten Nachwuchs zu rekrutieren.

Zum bundesweiten Ende des Zivildienstes kommt in Bayern und Niedersachsen ein doppelter Abiturienten-Jahrgang. Das wird sich wegen der Einführung von G 8 in den nächsten beiden Jahren wiederholen. In Baden-Württemberg gibt es 2012 einen Doppeljahrgang, in Hessen und Nordrhein-Westfalen 2013. Dadurch werden zusätzlich Zehntausende junger Menschen auf der Suche nach einem Berufseinstieg sein.

Die bürokratischen Eskapaden um die bereits für 2008 geplante zentrale Vergabe der Studienplätze wird die Situation weiter verschärfen. Da das Computersystem immer noch nicht funktioniert, werden sich auch in diesem Jahr zahlreiche Studienwillige vergeblich an der Universität ihrer Wahl bewerben. Auch dieses Reservoir können Sie ansprechen.

Bewährt haben sich „Schnupperpraktika“ oder „Tage der offenen Tür“, um Jugendliche auf Ihr Unternehmen aufmerksam zu machen. Auch Werbeaktionen sind zu empfehlen (s. FB v. 11.4.11). Besprechen Sie in Ihrem Branchenverband oder Ihrer IHK, was Sie tun können und wo Sie dabei Unterstützung finden können.

Immer mehr Abiturienten bevorzugen die Kombination von Ausbildung und gleichzeitigem Studium. Schließen Sie mit geeigneten Bewerbern entsprechende Ausbildungsverträge ab und sichern Sie sich damit Ihre Mitarbeiter der Zukunft. Durch eine Klausel können Sie die Studenten nach dem Universitätsabschluss an Ihr Unternehmen binden.

- ▶ **Fazit:** Nutzen Sie das große Angebot an jungen Kräften, um längerfristig Ihren Personalbedarf zu decken. Bedenken Sie, dass den positiven Sondereffekten in diesem Jahr, gegenteilige Effekte in den nächsten Jahren folgen werden.

Unternehmen | Sicherheit

Japanischen Restrisiken vorbeugen

Zwar ist das Risiko gering, dass hoch verstrahlte Waren aus Japan geliefert werden – dennoch sollten Sie vorsorgen. Sie können sich mit folgenden Maßnahmen vor radioaktiven Sendungen aus Japan schützen.

- ◆ Sie müssen keine Waren abnehmen ohne Zertifikat, das die Freiheit von Radioaktivität bescheinigt. Seit kurzem haben die japanischen Behörden damit begonnen, Schiffe und ihre Ladungen auf eine radioaktive Kontamination zu untersuchen.
- ◆ Falls Sie befürchten müssen, dass Lieferungen verstrahlt sind, können Sie eine Messung der Radioaktivität durch den Transporteur fordern. Die Abnahme der Ware können Sie vom Ergebnis der Kontrolle abhängig machen. Eine Messung ist besonders bei Waren angezeigt, die in anderen europäischen Ländern per Schiff angelandet und dann auf dem Landweg transportiert wurden. Denn trotz des Binnenmarkts sind die zulässigen Grenzwerte in den EU-Ländern unterschiedlich hoch. In deutschen Häfen und Flughäfen werden bisher nur Lebensmittel systematisch auf Radioaktivität untersucht.
- ◆ Haben Sie berechnete Befürchtungen, dass ein Container verstrahlt ist, sollten Sie die Ware nicht auf Ihr Betriebsgelände lassen. Denn sonst gilt sie als geliefert und Sie übernehmen die Haftung. Maßnahmen von Polizei und Ordnungsbehörden gehen dann zu Ihren Lasten.

Im Zweifelsfall sollten Sie vom Lieferanten oder Transporteur der Waren eine Messbescheinigung verlangen. Auch wenn das Bundesumweltministerium die Gefahr einer gefährlichen Kontaminierung für gering hält, sollten Sie das Restrisiko vermeiden. Besonders hoch ist es bei Lieferungen, die über Südost- und Osteuropa nach Deutschland kommen. Dort sind erfahrungsgemäß die Kontrollen laxer.

- ▶ **Fazit:** Auch wenn Sie vor japanischen Erzeugnissen bislang keine Angst zu haben brauchen, gilt hier: Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser.

In aller Kürze

AUSLANDSMÄRKTE: MITTELEUROPA IM VISIER

Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn sind EU-Länder mit großem Wachstumspotenzial. Wie Sie daran partizipieren können, erfahren Sie am 9. Mai von 16.30 bis 18.30 Uhr in einer kostenlosen Informationsveranstaltung der IHK Koblenz in Höhr-Grenzhausen (Veranstaltungsort: Hotel Heinz). Experten der Außenhandelskammern stehen Rede und Antwort. Anmeldungen unter 0261-106 126 (Frau Weber) oder unter www.ihk-koblenz.de.

Euro-Krise

Vision und Verantwortung

Das politische Projekt der gemeinsamen Währung gerät immer mehr unter Beschuss. In Deutschland geht ein Groteilm der konomenzunft gegen die Eurorettungsplane der Bundesregierung auf die Barrikaden. In Finnland punktet bei den Parlamentswahlen eine nationalistische Partei mit Anti-Transfer-Rhetorik. Dafür gibt es historische, wirtschaftliche und politische Gründe. Alle verbindet der rapide Vertrauensverlust der Politik bei der Euro-Rettung.

◆ **1. Historische Gründe.** Die Politik hat mehr als einmal Versprechen vor und nach der Einführung des Euro nicht gehalten. Regierungschefs und Finanzminister brachen systematisch ihre eigenen Regelwerke, die einen stabilen Euro garantieren sollten. Seit der Euro-Rettung 2010 hat die Bundesregierung fast im Monatstakt Wortbruch begangen. Warum sollte jemand neuen Regeln mehr Vertrauen schenken, deren Einhaltung erneut in den Händen der Politiker liegt? Die Euro-Skeptiker der 1990er Jahre haben dagegen recht behalten. Sie hatten davor gewarnt, dass Staaten wie Griechenland und Portugal ihre Wettbewerbsfähigkeit verloren geht, wenn sie nicht mehr abwerten können. Nun sind andere Maßnahmen verlangt – im schlimmsten Fall ein dauerhafter europäischer Finanzausgleich.

◆ **2. Wirtschaftliche Gründe.** Die ökonomischen Vorteile des Euro sind angesichts einer Gesamtrechnung fraglich. Die deutsche Industrie kann im EU-Binnenmarkt ihre in der Konkurrenz mit asiatischen Firmen gewonnene Wettbewerbsfähigkeit voll ausspielen. Doch diese haben die Deutschen mit Wohlstandsverlusten erkaufte. Gleichzeitig kassierten Länder wie Irland, Spanien und Italien irre Zinsdividenden, weil im Euroraum lange alle über einen Bonitatskamm geschert wurden. Die Folge waren Immobilienblasen, vor allem in Irland und Spanien. Danach folgten Bankenkrisen, die ganze Volkswirtschaften an den Abgrund brachten. Dazu wäre es ohne Euro kaum gekommen. Offen ist, welchen Preis die Nordeuropeer für den geschenkten Wohlstand der Peripherieländer noch zahlen werden.

◆ **3. Politische Gründe.** Der Euro war als politische Vision gestartet: Er sollte Europa einen. Wie das aussehen sollte, dazu hatte sich die Generation der Politiker um *Mitterand* und *Kohl* nicht geäußert. Zehn Jahre nach Einführung des Euro wird ihre Vision nicht zu Ende gedacht. Alle Begründungen für die „Rettung“ der am Abgrund stehenden Euro-Staaten

haben einen Generalnenner: Fließt kein Geld, bricht alles zusammen. Wenn aber die Elite der Volkswirte über alle Denkschulen hinweg dem deutschen Finanzminister widerspricht, zieht das auch die politischen Untergangsszenarien in Zweifel. Es fehlt eine positive Vorstellung davon, warum wir die finanzielle Last für unsere südlichen Nachbarn übernehmen sollen. Was ist das Ziel?

Die Antwort nach dem Sinn des Euro müsste Berlin eigentlich im Verein mit Paris geben. Doch in der Bundeshauptstadt kennt sie niemand. Vielleicht Finanzminister *Schäuble*, aber der traut sich nicht, seine Gedanken auszusprechen. Auf allen außenpolitischen Feldern hat Deutschlands Regierung riesige Hemmungen, eigene Positionen klar zu formulieren und andere mitzuziehen. Der jüngste Fall ist Libyen. Obwohl das

Ausland deutsche Führungsstärke erwartet, fürchtet Berlin den Vorwurf der Bevormundung und Dominanz.

FUCHS-HINTERGRUND

Deutschland sieht sich vielmehr wegen seiner hohen Überschüsse in der Handels- und Leistungsbilanz international auf der Anklagebank. Auch diese sind eine Folge des Euro. Zu D-Mark-Zeiten lagen die Überschüsse deutlich niedriger. Der Hauptgrund: Die D-Mark wertete auf, wenn die Wirtschaft zu stark wurde. Eine Politik des Wahrungsdumpings, wie sie etwa China betreibt, kam für die Bundesrepublik nie infrage. Der Außenwert des Euro aber ist für die Griechen längst eine Bürde, für die deutsche Wirtschaft aber ein fortwährender Stimulus. Das unsinnige Verlangen der USA und Frankreichs lautet: Die Deutschen sollen ihre Wettbewerbsfähigkeit dann eben an anderer Stelle, etwa bei den Arbeitskosten, freiwillig zurückschrauben.

Damit beschränkt sich die Diskussion um den Euro immer mehr auf wirtschaftliche Vor- und Nachteile. Da für die starken nordeuropäischen Geberländer die ökonomischen Nachteile zunehmen, nimmt auch die Tendenz ihrer Bevölkerung zu, den Euro abzulehnen. Das politische Projekt hat jedoch nur dann eine Chance auf Akzeptanz, wenn die Politik sich zutraut, eine politische Vision Europas in 10 oder 20 Jahren zu zeichnen, die diesen Preis wert ist. Es ist die Vision eines europäischen Bundesstaats. Doch ob diese durchsetzungsfähig sein wird, steht auf einem anderen Blatt.

► **Fazit:** Die Krise des Euro ist nicht nur eine fiskalische oder ökonomische Krise. Sie ist vor allem eine politische Krise. Ohne ein starke Führung ist das historische Nachkriegswerk zum Niedergang verdammt. Diese Rolle kann nur Deutschland übernehmen, das stärkste EU-Mitglied. Doch aus historischen Gründen wagen die Deutschen diese Verantwortung nicht zu übernehmen – ein Teufelskreis.

DIE PRIVATE VERMÖGENSANLAGE DES UNTERNEHMERS

Steuern

Risiko Standby-Wohnungen

Personen mit Hauptwohnsitz im Ausland und einer Standby-Wohnung in Deutschland sollten sich vorsehen: Denn sie könnten hierzulande unbegrenzt steuerpflichtig werden. Wer sich aus beruflichen Gründen in Deutschland eine Wohnung als Hotelersatz mietet, sollte deshalb genau auf den Charakter der Mieträume und die Umstände des Aufenthalts achten.

Steuerrechtlich richtet sich der Wohnsitz nach objektiven Merkmalen. Ausschlaggebend ist für die Finanzbehörden die tatsächliche Gestaltung und nicht der Wille des Steuerpflichtigen. Die gesetzliche Definition des Wohnsitzes findet sich in § 8 der Abgabenordnung (AO). Danach besteht ein Wohnsitz, wenn die Umstände darauf schließen lassen, dass der Inhaber die Wohnung beibehalten und benutzen wird. Ein noch nicht rechtskräftiges Urteil des Hessischen Finanzgerichts hat die Merkmale zusammengefasst. Es bestätigte damit die unbeschränkte Steuerpflicht einer im Ausland lebenden Stewardess, die 2 bis 3 Mal pro Monat in Deutschland in einer Standby-Wohnung übernachtet hatte.

Persönliche Gefühle nicht relevant!

Für den Wohnungsbenutzer sind subjektive Motive ausschlaggebend, ob er einen Wohnsitz begründet oder nicht. Wer sich einen kleinen Raum hält, der dem Ausstattungsstandard eines Hotelzimmers entspricht, empfindet diesen nicht als Wohnung, sondern als Schlafstelle. Dieser Charakter wird verstärkt, wenn sie nur über eine spärliche Möblierung und kaum persönliche Gegenstände verfügt. Der Wohnung fehlt dann der Charakter privater Intimität. Zudem sprechen aus subjektiver Sicht folgende Umstände gegen einen Wohnsitz. Die Standby-Wohnung wird nur zwei bis drei Mal im Monat für Übernachtungen genutzt. Lage und Ausstattung der Räume liegen weit unter dem Niveau, die angesichts der Einkommensverhältnisse zu erwarten wären. Und der Lebensmittelpunkt des Inhabers befindet sich ausschließlich am Familienwohnsitz im Ausland.

Die gefühlte Gleichstellung von Hotelzimmer und Standby-Wohnung zählt aber nicht in den Augen des Finanzamts und vor Gericht. Der Geschäftsmann ist der Ansicht, dass ein gelegentlich gebuchtes Hotelzimmer keinen Wohnsitz begründet – wie sollte dies eine gelegentlich nur zur Übernachtung genutzte Wohnung tun. Doch damit befindet er sich im Irrtum.

Bei der Prüfung des Wohnsitzes stellt das Finanzamt allein auf objektive Merkmale ab. Dies ergibt sich nach im Sinne von § 8 AO und § 38 AO. Danach entsteht der Steueranspruch einzig dadurch, dass der gesetzliche Tatbestand verwirklicht ist. Maßgebend sind der Zustand der Wohnung und die Umstände ihrer Nutzung. Wenn sie darauf schließen lassen, dass sie beibehalten und benutzt wird, dann ist sie ein Wohnsitz.

Schon eine kleine Wohnung genügt

Es genügt eine bescheidene Bleibe, die eine selbständige Lebensführung ermöglicht, um steuerrechtlich einen Wohnsitz zu begründen. Kleine Räume mit Bad und Küche sind zu dauerhaftem Wohnen geeignet. Daran ändert auch nichts, wenn sie nur spärlich eingerichtet und kaum mit persönlichen Gegenständen ausgestattet sind. Auch dass die Wohnung weit unter dem Standard liegt, der nach den Einkommensverhältnissen des Inhabers zu erwarten ist, spielt keine Rolle.

Für einen Wohnsitz ist es ebenfalls unerheblich, dass die Aufenthalte in den Räumen nur beruflich bedingt sind. Ihre Nutzung zu Wohnzwecken ist auch dann gegeben, wenn der Mieter nur gelegentlich in ihr schläft. Denn das Übernachten gilt nach § 8 AO bereits als Wohnvorgang. Voraussetzung für einen Wohnsitz ist allerdings, dass der Steuerpflichtige über die Wohnung verfügen können muss. Dies trifft auf den Mieter zu, der Schlüssel besitzt und aus eigenem Recht die Räume nutzen kann. Zudem setzt ein Wohnsitz voraus, dass der Steuerpflichtige sie regelmäßig aufsucht. Allerdings geben die Gerichte keine Mindestanzahl an Aufenthaltstagen vor. Doch selbst zwei bis drei Übernachtungen pro Monat genügen, um einen Wohnsitz zu begründen.

Entscheidend für das Finanzamt ist, dass der Inhaber die Wohnung beibehalten und benutzen wird. Davon gehen die Gerichte aus, wenn der Nutzer der Räume einen Mietvertrag auf unbegrenzte Dauer abgeschlossen hat. Ob die Wohnung tatsächlich genutzt wird, ist unerheblich. Es reicht die bloße Möglichkeit aus, um in Deutschland eine unbeschränkte Steuerpflicht zu begründen. Die unbegrenzte Steuerpflicht kann somit auch gegen den Willen des Steuerpflichtigen entstehen.

- ▶ **Fazit:** Beim Gang ins Ausland sollte man für klare Verhältnisse sorgen. Schon eine kleine Wohnung im Herkunftsland kann eine Steuerpflicht begründen.

Geldanlage

Durchblick im ETF-Dschungel

Immer häufiger werden ETF (Exchange Traded Funds) von Vermögensverwaltern und Stiftungen vermarktet. Allerdings sollten Investoren bei der Produktauswahl Vorsicht walten lassen. Denn das Produktangebot ist inzwischen sehr groß und unübersichtlich.

ETF sind börsengehandelte Fonds, die einen Vergleichsindex eins zu eins abbilden. Die Vorteile: Die Kosten tendieren gegen Null, weil kein Fondsmangement nötig ist. ETF konnten sich im Gegensatz zu aktiv gemanagten Fonds schnell profilieren. Statt wie bei diesen 2% fallen bei ETF im Schnitt nur 0,25% an laufenden Kosten an. Ein weiterer Vorteil: Die Fonds können sich nie schlechter entwickeln als der Vergleichsindex.

Investoren stehen heute jedoch vor einem schier undurchdringlichen Dschungel von Fonds-Produkten. Neben ETF stehen ETC (Exchange Traded Commodities), börsengehandelte Rohstofffonds, ETP (Exchange Traded Properties), börsengehandelte Immobilienfonds sowie ETN (Exchange Traded Notes), börsengehandelte Schuldverschreibungen, deren Kurse sich analog zum Wert eines Währungs- oder Rohstoffindex entwickeln. Die Anzahl der Produkte innerhalb der Kategorien wächst rasant. Praktisch im Wochenrhythmus entwickeln die Kreativabteilungen der Banken neue passive Fonds.

Das größte Problem: ETF der zweiten und dritten Generation sind längst nicht mehr so einfach, transparent und preiswert wie ihre Vorfahren. Ein Beispiel sind ETF, die auf die BRIC-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China) setzen. Für diese Länder gibt es diverse ETF, die jedoch alle anders ausgestaltet sind. So setzen einige auf 50, andere nur auf 40 Unternehmen, um die Volkswirtschaften der BRIC-Staaten abzubilden. Auch die Gewichtung der Länder schwankt stark. Brasilien ist in einigen ETF mit 18%, in anderen mit 39% gewichtet, das Gewicht Russlands wiederum schwankt zwischen 15% bis 36%. Diese Differenzen erklären die teils deutlich unterschiedlichen Kursentwicklungen.

- ▶ **Fazit:** ETFs eignen sich gut zur Anlage von Vermögen zwischen 30.000 bis zu 3 Mio. €. Selbst für Vermögen im niedrigen einstelligen Millionenbereich reichen acht bis zwölf ETF, um das Portfolio sinnvoll zu strukturieren. Die Fonds sollten breite Märkte (Aktien, Rohstoffe, Anleihen) abdecken. Bei größeren Vermögen ist es sinnvoll, ein individuelles ETF-Portfolio zu kreieren. Mehr dazu im FUCHS-Aktuell „Vermögensmanagement mit ETF“ (16 Seiten, 35 €, für Abonnenten 25 €) zu bestellen unter www.fuchs-briefe.de oder per Telefon 030 – 28 88 17 20.

- ▶ **Hinweis:** Vom 20. bis 22. Juni kommen deutschsprachige Investoren auf der **ETF & Indexing Investments** in Frankfurt/Main zusammen, um über ETF als Anlageform zu informieren. Weitere Informationen zur Messe sowie zur Anmeldung unter: <http://www.terrapinn.com/2011/etf-deutschland>

Fonds | Immobilien

Frankreich ohne Pfiff

Angesichts steigender Preise kommen Immobilien wieder in Mode. Die Initiatoren geschlossener Fonds bringen deshalb diverse Angebote im In- und Ausland auf den Markt. Zum ersten Mal offeriert der renommierte Initiator KGAL ein Investment in Frankreich. Der PropertyClass Frankreich 1 ist nach herkömmlichem Muster gestrickt. Das Verhältnis von Eigen- zu Fremdkapital beträgt bei einem Investitionsvolumen von 95,5 Mio. € 47,6% zu 52,4%, ist also nicht ungewöhnlich.

Das Geld wird in ein langfristig vermietetes Bürogebäude in Paris investiert. Langfristig ist auch der Anleger gebunden, nämlich bis 2025. Dafür gibt es ab 10.000 € Einlage eine jährliche Verzinsung von 5,75%. Im Schlussjahr des Fonds sollen es 7% sein. In 14 Jahren soll die Immobilie veräußert werden, wobei ein Verkaufserlös von 106,76% kalkuliert ist. Eine hohe Wertsteigerung ist also nicht eingeplant. Das Risiko ist das Marktumfeld, in dem das Bürogebäude verkauft wird. Gibt es gerade eine Baisse oder Kreditklemme im Immobilienmarkt, könnte die Rechnung nicht aufgehen.

- ▶ **Fazit:** Die lange Bindung des Kapitals sollte etwas besser honoriert werden. Aber Sie können mit der Anlage in der französischen Kapitale ruhig schlafen.

In aller Kürze

FONDS: SPANISCHES SONNENRISIKO

Wenn Sie einen Solarfonds in Spanien gezeichnet haben, besteht für Sie Handlungsbedarf. Denn die Einspeisungsvergütung wird angesichts der Haushaltsmiserie drei Jahre lang um jeweils 15% gekürzt. Bisher galt eine Garantie des spanischen Staates auf ungeschmälerter Förderung für 25 Jahre. Betroffen sind Solarkraftwerke, die bis September 2008 ans Netz gingen. Ob nach den drei Jahren die Kürzung wieder rückgängig gemacht wird, ist nicht vorauszusehen. Fragen Sie deshalb bei ihrem Initiator an, welche Auswirkungen das auf Ihren Fonds hat. Einen Ausstieg empfehlen wir aber nicht. Denn die Details der Kürzung und deren Auswirkungen auf die Wirtschaftlichkeit der Fonds sind noch nicht berechenbar. Zudem dürften die Verkaufspreise angesichts der geringeren Renditen unter Druck geraten.